

**Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement;
5. Bericht des Fachbeirats Bürgerschaftliches Engagement
Stellungnahme der Landeshauptstadt München**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 17603

11 Anlagen

Beschluss in der gemeinsamen Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses, Kinder- und Jugendhilfeausschusses, Sozialausschusses, Bildungsausschusses, Sportausschusses, Kulturausschusses, Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung, Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft, Gesundheitsausschusses, Umweltschutzausschusses, Bauausschusses, Kreisverwaltungs Ausschusses und Kommunalausschusses vom 03.03.2020 (VB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	2
A) Allgemeines zum Bericht und den bisherigen Handlungsempfehlungen und Stadtratsbeschlüssen	2
B) Stellungnahme zu den Beschlussempfehlungen des Fachbeirats	4
1. Vernetzte Infrastruktur des Bürgerschaftlichen Engagements im Stadtviertel	4
2. Förderung und Finanzierung von Initiativen	6
3. Nachhaltigkeitsstrategie für München	8
4. Unternehmensengagement und Social Entrepreneurship	10
5. Elternbeirat an Grund- und Mittelschulen	11
6. Preis für Bürgerschaftliches Engagement in München	11
7. Spontanhilfe und Katastrophenschutz	12
8. Münchner Vereine	12
9. Bürgerschaftliches Engagement – Daseinsvorsorge – Monetarisierung	13
10. Frühzeitige Kommunikation und proaktive Haltung gegenüber der Zivilgesellschaft	13
C) Fazit	14
II. Antrag des Referenten	15
III. Beschluss	16

I. Vortrag des Referenten

Der 5. Bericht des Fachbeirats Bürgerschaftliches Engagement (Anlage 1) wird dem Stadtrat auf Wunsch des Stadtrats gemeinsam mit der Stellungnahme der Verwaltung vorgelegt.

Bisher wurde der Bericht des Fachbeirats im Stadtrat bekannt gegeben und die Stellungnahme der Stadtverwaltung dazu in einer gesonderten Sitzung als Beschlussvorlage behandelt.

In der Diskussion des Berichts des Fachbeirats im Stadtrat am 28.11.2017 wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht sinnvoller sei, die Stellungnahme der Stadtverwaltung mit der Bekanntgabe des Berichts in einer Sitzung zu verbinden. Der Bericht des Fachbeirats wird deshalb in diesem Jahr zusammen mit der Stellungnahme der Stadtverwaltung in einer gemeinsamen Ausschusssitzung vorgelegt.

Der Ältestenrat des Stadtrats beschloss in seiner Sitzung am 08.12.2017, dass diese Beschlussvorlage zur Stellungnahme zum 4. Bericht nur in einer gemeinsamen Sitzung von Verwaltungs- und Personalausschuss, dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss sowie dem Sozialausschuss und danach der Vollversammlung des Stadtrats vorgelegt werden soll.

Da die Themen im 5. Bericht des Fachbeirats mehrere Referate tangieren, wurde es dieses Mal notwendig, die Beschlussvorlage in einer gemeinsamen Sitzung von mehreren Stadtratsausschüssen zu behandeln.

Im Folgenden nimmt die Stadtverwaltung nun unter A) allgemein zum Bericht des Fachbeirats und den bisherigen Handlungsempfehlungen sowie unter B) zu den einzelnen Beschlussempfehlungen des Fachbeirats Stellung. Zur besseren Lesbarkeit wird dort zunächst die jeweilige Empfehlung zitiert.

A) Allgemeines zum Bericht und den bisherigen Handlungsempfehlungen und Stadtratsbeschlüssen

Mit der Einrichtung des Fachbeirats Bürgerschaftliches Engagement beauftragte der Stadtrat dieses Gremium gleichzeitig wie folgt: „..., der im Sinne einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in der Landeshauptstadt München innovative Entwicklungsprozesse anstößt. Der Beirat begleitet den Entwicklungsprozess des Bürgerschaftlichen Engagements in München beratend und legt alle zwei Jahre dem Stadtrat einen Bericht über die zivilgesellschaftliche Entwicklung der Stadtgesellschaft vor.“

Am 09.11.2009 traf sich der Fachbeirat zum ersten Mal und hatte deshalb im November letzten Jahres das zehnjährige Jubiläum. Von Beginn an kommt er dem Auftrag zur Abgabe eines Berichts nach, zeigt zivilgesellschaftliche Entwicklungen auf und gibt wichtige Empfehlungen und Impulse zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in München.

Die Zivilgesellschaft ist treibende Kraft für neue gesellschaftliche Bewegungen – Ziffer 1

Anschaulich und differenziert stellt der Bericht die Veränderung der gesellschaftlichen Bewegungen in den vergangenen Jahren dar und zeigt dabei auch auf, wie polarisierende Aussagen von landes- bzw. bundespolitischer Seite zu einer Veränderung der Bewegungen mit beitragen können.

In diesem Zusammenhang wird allerdings berichtet, dass das der Landesregierung zugeordnete Zitat vom Bundesinnenminister Horst Seehofer geäußert wurde (vgl. Stellungnahme des Sozialreferats, Interkulturellen Stelle, Anlage 11)

Die Förderpolitik der Stadt: Vielfältig und konsequent – Ziffer 2

Im vorliegenden Bericht wird erstmalig auch explizit die Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement (BE) durch die Stadtpolitik und -verwaltung positiv bewertet und wahrgenommen, was Stadtpolitik und -verwaltung in den vielen Jahren der Förderung von BE geleistet haben.

München wird bundesweit vorbildhaft bei der strategischen, strukturierten und finanziellen Förderung von BE wahrgenommen. Beispielhaft wird von anderen Kommunen vor allem die Vernetzungsstruktur innerhalb der Stadtverwaltung und auf der zivilgesellschaftlichen Ebene, die differenzierte Anerkennungspolitik und die kontinuierliche finanzielle Unterstützung der vielfältigen BE-Infrastruktur trotz Haushaltskonsolidierungsphasen gesehen. Dies wird immer wieder in der Arbeit im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) deutlich und führte im vergangenen Jahr zu Vortrageeinladungen nach Hamburg und Köln.

Bisherige Handlungsempfehlungen und Stadtratsbeschlüsse – Ziffer 9 des Berichts (Seite 27ff. des Berichts):

Da die Punkte

- „Förderung muss da stattfinden, wo die Ideen herkommen.“
- Leitlinien für ein effektives Zusammenwirken von Spontanhilfe und Katastrophenschutz
- Vereinsbefragung
- Monetarisierung

auch unter „Beschlussempfehlungen“ in Ziffer 11 beschrieben sind, wird dazu in Teil B Stellung genommen.

Zum Thema „Städtische Beiräte“ wird auf den Beschluss des Stadtrats verwiesen (vgl. Sitzungsvorlage-Nr. 14-20 / V15739 vom 25.09. / 02.10.2019), in dem die Referate beauftragt werden, auf die angemessene Entschädigung ehrenamtlicher Beiratstätigkeit zu achten.

Eine Vereinheitlichung der verschiedenen „Raumbörsen“ wird auch seitens des Direktoriums weiterhin als notwendig erachtet. Am 26.11.2019 stellte die Stadtratsfraktion der CSU einen Antrag mit dem Titel „Räume für Vereine – Unterstützung durch eine Raumbörse“. Im Rahmen der Bearbeitung wird auch der Wunsch des Fachbeirats nach Vereinheitlichung der verschiedenen Raumbörsen der Landeshauptstadt München geprüft.

B) Stellungnahme zu den Beschlussempfehlungen des Fachbeirats

(Ziffer 11, S. 37 ff. des Berichts)

1. **Vernetzte Infrastruktur des Bürgerschaftlichen Engagements im Stadtviertel**
„Der Fachbeirat empfiehlt die Entwicklung einer vernetzten Infrastruktur von Bürgerschaftlichem Engagement in den Münchner Stadtvierteln. Diese Struktur ist in den Katalog der Infrastruktureinrichtungen vor Ort aufzunehmen. Dies gilt besonders für die Planung von Neubau- und Zuzugsgebieten. Das Direktorium wird zusammen mit dem Fachbeirat beauftragt, das Konzept einer dezentralen Infrastruktur zu Bürgerschaftlichem Engagement im Stadtviertel zu entwickeln, das ein Förderverfahren sowie ein Organisationsmodell beinhaltet. Dieses Konzept soll dem Stadtrat vorgelegt werden.“

Dazu nehmen verschiedene Referate wie folgt Stellung:

- Kulturreferat (Anlage 5):
 Das Kulturreferat verweist in seiner Stellungnahme auf die über vierzig jährige Unterstützung der kulturellen Stadtteilarbeit, die zum Betrieb von derzeit über 30 kulturellen Stadtteilzentren führte. Zwei weitere werden in diesem Jahr eröffnet und weitere sechs sind für die nächsten Jahre in Planung. Diese Häuser liegen überwiegend in der Verantwortung ehrenamtlich tätiger Trägervereine und bilden eine wichtige Anlaufstelle im Stadtteil für Vereine, Initiativen und Projekte. „Stadtteilwochen und Kulturtage bieten den lokalen Akteuren Bühne, Öffentlichkeit und Vernetzung, das Team Stadtteilkultur unterstützt die Verstärkung dieses Engagements mit Infrastruktur, Ressourcen und Beratung.“ Des Weiteren wird dargestellt, mit welchen Maßnahmen das Kulturreferat seine Beratungs- und Unterstützungsangebote an den Bedarfen orientiert anpasst. Zu diesen Maßnahmen zählen Angebote der Fachauskunftsbasis, der Vorstandsmoderation, regelmäßige Vernetzungstreffen, Kultur Street Work und das 1. Interkulturelle Theaterfestival.
 Das Kulturreferat begrüßt die Empfehlung des Fachbeirats und ist bereit, seine Expertise und Erfahrungen in den Prozess einzubringen.
- Referat für Bildung und Sport (Anlage 7)
 Das Referat für Bildung und Sport (RBS) nimmt dazu folgendermaßen Stellung: „Das lokale Bildungsmanagement, das in ausgewählten Stadtquartieren - zusammen mit der lokalen Bildungsberatung – BildungsLokale betreibt, ist - im Rahmen der "Perspektive München" - nicht nur ein Leitprojekt der thematischen Leitlinie "Bildung in München" sondern auch ein Leitprojekt der strategischen Leitlinie "Solidarische und engagierte Stadtgesellschaft".
 Übertragen auf das Stadtquartier bzw. die Nachbarschaft bedeutet dies, dass die Unterstützung lebensbegleitender Bildungsprozesse im unmittelbaren Lebensumfeld mit der Förderung von Beteiligung und sozialem Engagement sowie dem Erlernen sozio-kultureller und demokratischer Handlungsweisen ("Democracy Learning") verbunden wird.
 Darüber hinaus erfolgt auf der institutionellen Ebene der Aufwertungsprozess segregierter Stadtquartiere - über Einrichtungs-, Professions- und Zuständig-

keitsgrenzen hinweg - durch die Herstellung partizipativer Strukturen und die Entwicklung integrierter Handlungskonzepte.

Bildungsinstitutionen werden in ihrer Weiterentwicklung als "lernende Institutionen" im Rahmen dieses "Community Education" - Ansatzes unterstützt und die Etablierung von "Service Learning" als Schulfach wird gefördert.“

- Referat für Gesundheit und Umwelt (Anlage 8)

Auch das Referat für Gesundheit und Umwelt weist in seiner Stellungnahme auf verschiedene bestehende Projekte und Maßnahmen auf Stadtteilebene hin, die die Bevölkerung beteiligen und aktiv einbinden.

„Unter der Überschrift „Angebote im Stadtviertel sind meist nach Zielgruppen versäult“ (Seite 8) werden Einrichtungen gelobt, die zielgruppenübergreifend arbeiten. Dies trifft nicht nur auf die dort benannten Nachbarschaftstreffs und Kulturhäuser zu, sondern auch auf die dezentralen Außenstellen des Referats für Gesundheit und Umwelt, insbesondere die Gesundheitsberatungsstellen im Hasenberggl sowie perspektivisch in Riem und Freiham.

Die Gesundheitsberatungsstellen des Referats für Gesundheit und Umwelt sind daher als dezentrale, niederschwellige Einrichtungen für vulnerable Zielgruppen in ihrem konkreten Lebensumfeld mit aufzunehmen. Neben Beratungen und Untersuchungen sind multiprofessionelle Teams auch im Stadtteil mit aufsuchenden Angeboten unterwegs und bieten beispielsweise altersangemessene Gruppenangebote an.

Darüber hinaus schlägt das Referat für Gesundheit und Umwelt vor, unter dem Punkt „Vorhandene Akteure brauchen Stärkung und Förderung bei der Vernetzung“ (Seite 9) eine weitere Ergänzung vorzunehmen. Hier wird das koordinierte, vernetzte Vorgehen im Quartier herausgestellt. Es sollte die Präventionskette Freiham mit aufgenommen werden. Hierbei handelt es sich um eine referat-sübergreifende / integrierte kommunale Strategie zur Vermeidung der negativen Folgen von Kinderarmut und zur Förderung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe.

Die verbindliche Zusammenarbeit im Rahmen von Produktionsnetzwerken, einer gemeinsamen Bedarfseinschätzung und entsprechende Planung und Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales sind hierbei vorgesehen. Insbesondere werden Kooperationen und Angebote an den Übergängen geprüft, abgestimmt und optimiert. Eltern, Kinder und Jugendliche werden bei der Bedarfseinschätzung, Planung und Umsetzung von Angeboten aktiv eingebunden.

Auch das von der AOK Bayern geförderte Projekt "München - gesund vor Ort" verfolgt einen partizipativen Ansatz. Es arbeitet im Netzwerk. Unter anderem werden in Fachkräftinterviews, Stadtteilkonferenzen, Bewohnerbefragungen und Bewohnerworkshops die Sichtweisen der Expertinnen und Experten sowie der Anwohnerinnen und Anwohner eingeholt, deren Bedarfe abgefragt und Maßnahmen mit diesen diskutiert und entwickelt. Das Projekt findet in Moosach, Feldmoching-Hasenberggl, Trudering-Riem und Ramersdorf-Perlach

statt. Das Projekt läuft seit Sommer 2018 und ist auf einen Zeitraum von vier Jahren angelegt.“

- Referat für Stadtplanung und Bauordnung (Anlage 10):
Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung teilt in seiner Stellungnahme hierzu folgendes mit: „Das Ursprungskonzept von REGSAM beinhaltete die Integration von nicht hauptamtlichen Akteuren im Stadtteil bzw. den Sozialregionen. Die Reduzierung auf die Hauptamtlichkeit wurde auch dadurch unterstützt, dass sich die FAK überwiegend zu Tageszeiten treffen, in denen berufstätige Ehrenamtler nicht teilnehmen können. Auch die Vertreterinnen und Vertreter von Bezirksausschüssen, die als Mittlerebene zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Initiativen angesehen werden können, sind dadurch weitgehend ausgeschlossen. Hier sollte dringend ein Umdenken geschehen, um das Handlungsfeld "Bürgerschaftliches Engagement" nicht nur als eigenständiges Thema, sondern auch als Querschnittsthema in allen FAK etablieren zu können.... Der Ansatz, auf Quartier- und Stadtteilentwicklung zu setzen, wird vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung begrüßt, da dies dem Ansatz der integrierten Stadt(teil)entwicklung entspricht und die Zusammenarbeit aller Fachreferate der Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen beinhaltet. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung unterstützt diesen Ansatz derzeit bereits über die PERSPEKTIVE MÜNCHEN mit dem Handlungsraumansatz.“
- Das Sozialreferat begrüßt die Empfehlung des Fachbeirates zu einer verstärkten Vernetzung von Bürgerschaftlichem Engagement in den Münchner Stadtvierteln und ist bereit, seine Expertise einzubringen.

Die Stellungnahmen der o.g. Referate zeigen auf, dass es auf Stadtteilebene bereits unterschiedliche Angebote und Maßnahmen zur Vernetzung und Beteiligung gibt. Allerdings erscheint es notwendig, die vorhandenen Strukturen dahingehend zu prüfen, wie ggf. Verbindungen geschaffen und damit eine für die engagierte Bevölkerung im Stadtteil transparente Struktur ermöglicht wird. Das Direktorium befürwortet deshalb die Handlungsempfehlung des Fachbeirats, mit ihm ein Konzept einer dezentralen Infrastruktur zu Bürgerschaftlichem Engagement im Stadtviertel zu entwickeln, das ein Förderverfahren sowie ein Organisationsmodell beinhaltet. Das Stadtbezirksbudget als Förderverfahren der Bezirksausschüsse ist davon nicht betroffen.

2. „Die Hürden bei der Antragstellung und der Aufwand beim Nachweis der Mittelverwendung sollten insbesondere bei Initiativen und bei geringen Fördersummen deutlich abgesenkt und reduziert werden. Es sind mehr Möglichkeiten für Kleinstförderungen zu schaffen. Die Fördersysteme müssen vereinfacht und ein besserer Überblick ermöglicht werden.“

Zu dieser Handlungsempfehlung nehmen folgende Referate Stellung:

- Direktorium (Anlage 2):
Das Direktorium teilt in seiner Stellungnahme mit, dass die wesentliche Erhö-

hung von Anträgen und Fördergenehmigungen seit der Einführung der neuen Förderrichtlinien zum Stadtbezirksbudget eher einen Hinweis darauf geben, dass diese Förderung gut angenommen wird und das Antragsverfahren nachvollziehbar und verständlich ist. „Nichtsdestotrotz ist uns an einer weiteren Verbesserung bzw. Vereinfachung unserer Prozesse, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, gelegen. Da in dem 5. Fachbericht keine konkreten Bestandteile des Antragsverfahrens, die als zu bürokratisch oder zu kompliziert gesehen werden, genannt wurden, ist die Abteilung für Bezirksausschussangelegenheiten daher bereits direkt auf die zuständigen Personen bei der Förderstelle für Bürgerschaftliches Engagement zugegangen, um einen weiteren Austausch anzustoßen.“

Darüber hinaus wird eine vollständige Digitalisierung des Antragsverfahrens angestrebt. Weitere Möglichkeiten der Vereinfachung werden mit der im Jahr 2021 vorgesehene Evaluierung des Stadtbezirksbudgets eruiert. Zu dieser Evaluierung ist vorgesehen, den Fachbeirat einzubinden.

- Referat für Stadtplanung und Bauordnung (Anlage 10):
Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung bekräftigt die Handlungsempfehlung des Fachbereits und führt dazu aus: „Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung bestätigt die Erfahrungen des Fachbeirates zu den Folgen der formalen Förderpraxis. Hier sollte dringend nachgesteuert werden, um das Antragswesen und die Rechenschaft über die umgesetzten bürgerschaftlichen Projekte möglichst niederschwellig zu gestalten. ... So sollten nicht nur die Antrags- und Abrechnungsverfahren bei den Stadtbezirksbudgets niederschwelliger werden, sondern auch die bei den städtischen Referaten. Es ist den AntragstellerInnen nicht zu vermitteln, dass es hier unterschiedliche formale Anforderungen gibt. ... Für eine Bewertung des nachhaltigen Nutzens der Projekte für die Stadtgesellschaft ist ein schriftlicher Ergebnis- bzw. Erfahrungsbericht wichtiger und zugleich Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung der Engagementförderung.“
- Referat für Gesundheit und Umwelt (Anlage 8):
Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) nimmt zu diesem Themenkomplex wie folgt Stellung: „In seinen Handlungsempfehlungen schlägt der Fachbeirat vor, *„eine Lotsenstelle in der Stadtverwaltung, die hilft, sich im „städtischen Förderdschungel“ zu orientieren.“* einzurichten. Das Referat für Gesundheit und Umwelt unterstützt diese Forderung. Eine solche zentrale koordinierende Stelle kann ein wichtiger erster hilfreicher Ansprechpartner sein, Suchenden entscheidende und zeitsparende Hinweise zu geben sowie den externen Initiativen in Anbetracht der zahlreichen Münchner Fördermöglichkeiten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.
Zudem meint der Fachbeirat, *„... die Referate selbst müssen mehr Einblick in ihre Förderlogiken geben und die Zuschussregelungen sowie die entsprechenden Ansprechstellen auf ihren Internetseiten veröffentlichen.“*
Das Referat für Gesundheit und Umwelt nimmt diesen Hinweis als Anregung,

die aktuellen Internetseiten weiter zu optimieren. Gerade was den einfachen Online-Zugriff auf die Antragsformulare anbelangt, wird das Referat für Gesundheit und Umwelt seine Angebote fortentwickeln. Die umfangreichen Fördermöglichkeiten im Gesundheits- und Umweltbereich können aber in vielen Fällen nicht ohne individuelle Beratung erfolgen. Hier darf auf die jeweiligen Ansprechpartnerinnen und -partner im Referat für Gesundheit und Umwelt verwiesen werden.“

- Sozialreferat (Anlage 11):
Im Rahmen seiner Stellungnahme geht das Sozialreferat auf die Förderung durch Stiftungen ein, die durch das Sozialreferat betreut werden und weist darauf hin, dass der Vergabe von Mitteln aus Stiftungen rechtliche Vorgaben des Stiftungs- und Stiftungssteuerrechts zugrunde liegen. „Diese können daher nicht aus Gründen der Verwaltungsökonomie abgesenkt werden, ohne dass Stiftungen Beantstandungen von Seiten der Aufsichts- und Finanzbehörden riskieren.“
Zur Thematik der fehlenden verständlichen und leicht zugänglichen Übersicht über Drittmittel durch Stiftungen teilt das Sozialreferat mit, dass dies eine bisher nicht vorgesehene Aufgabe der Stiftungsverwaltung darstellt und führt dazu aus: „Diese weiter gefasste Zuständigkeit als Ansprechpartner für Stiftungen und Stiftungsthemen in München allgemein ist bisher nicht vorgesehen und angesichts der bestehenden Personalsituation in der Stiftungsverwaltung auch nicht ohne eine Ausweitung der Kapazitäten darstellbar.“

Mit Beschluss des Stadtrats zum Thema Förderung von Mikroprojekten (Sitzungsvorlage-Nr. 14-20 / V05189 vom 13.04. / 20.04.2016) erhielt das Direktorium folgenden Auftrag: „Das Direktorium wird beauftragt, gemeinsam mit den zuwendungsgebenden Dienststellen der Landeshauptstadt München eine unbürokratische Vergabe von Zuwendungen an sog. Mikroprojekte im Sinne der im Vortrag dargestellten Ideen zu prüfen.“ Im Jahr 2018 fand mit den zuwendungsgebenden Dienststellen der Landeshauptstadt München deshalb ein Gespräch statt. Dort wurde vereinbart, dass auf der Basis der Evaluierung des Stadtbezirksbudgets im Jahr 2021 ggf. weiterer Handlungsbedarf abgestimmt wird. Außerdem wurden die Referate gebeten, ggf. das Instrumentarium der Festbetragsfinanzierung und weitere Vereinfachungsmöglichkeiten im eigenen Zuständigkeitsbereich zu prüfen.

Eine sog. Lotsenstelle für Förderungen ist seitens der gesamtstädtischen Koordination zur Förderung von BE unter dem Gesichtspunkt der Bürgerorientierung zwar wünschenswert, allerdings ohne zusätzliches Personal nicht zu realisieren.

3. **„Nachhaltigkeitsstrategie für München**
Der Einsatz für Nachhaltigkeit bringt gegenwärtig eine der größten zivilgesellschaftlichen Bewegungen unserer Zeit hervor. Bürgerschaftliches Engagement ist hier besonders stark ausgeprägt. Deshalb ist es nötig, eine geeignete Struktur zu finden, die den Austausch und die Kommunikation von

Stadtverwaltung und -politik mit den Nachhaltigkeitsinitiativen ermöglicht. Vorstellbar wären regelmäßige (z.B. halbjährliche) Nachhaltigkeits-Jour fixe zwischen Initiativen und der Stadtspitze (OB, Referatsleitungen, Stadträtinnen und Stadträte), sowie (vierteljährliche) themenbezogene Treffen auf Arbeitsebene der Referate, um das Know-How aus der Zivilgesellschaft in die Entscheidungen von Politik und Verwaltung miteinzubeziehen.

Der Stadtrat sollte sich mit dem Konzept und dem vorliegenden Förderantrag der Münchner Initiative Nachhaltigkeit (MIN) befassen mit dem Ziel, entsprechende Ressourcen für MIN bereit zu stellen.“

- Das Direktorium (Anlage 2) nimmt dazu wie folgt Stellung: „Die gezielte Bewerbung des Stadtbezirksbudgets in einer thematischen Richtung würde der globalen Ausrichtung widersprechen, wonach Projekte ganz unterschiedlicher Art gefördert werden können, sofern diese das Gemeinschaftsleben im Stadtbezirk bereichern und fördern. Der Themenbereich „Gesundheit und Umwelt“, als eigener Bereich in dem Zuwendungen ausgereicht werden können, wurde mit der Einführung des Stadtbezirksbudgets explizit in die Stadtbezirksbudget-Richtlinien aufgenommen. Somit wurde in den Richtlinien ein Bereich geschaffen, unter dem sich auch Nachhaltigkeitsprojekte direkt einordnen lassen. Darüber hinaus ist, aufgrund der bereits genannten, thematisch globalen Ausrichtung, keine gezielte Werbung für das Stadtbezirksbudget in einzelnen Themen-Bereichen geplant. Es steht den einzelnen Bezirksausschüssen frei, zusätzlich eigene Schwerpunkte in ihren Werbemaßnahmen für das Stadtbezirksbudget zu setzen....“

Auf S. 19 regt der Fachbeirat an eine geeignete Struktur zu finden, die einen Austausch und Kommunikation von Stadtverwaltung und -politik mit Nachhaltigkeitsinitiativen ermöglicht. In diesem Zusammenhang werden die Bezirksausschüsse bislang nicht erwähnt. Es wäre sinnvoll, in einer solchen Struktur auch die Bezirksausschüsse bzw. zuständige Beauftragte der Bezirksausschüsse zu berücksichtigen.“

- Das RBS unterstützt die Handlungsempfehlung und betont die Wichtigkeit der Verankerung von „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ in allen Bildungsbereichen sowie Austausch, Vernetzung und Kooperation zwischen der LHM und der in diesem Bereich zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Gleichzeitig weist das RBS darauf hin, dass bereits verschiedene Maßnahmen dazu umgesetzt werden. Außerdem wird lt. Stellungnahme Vernetzung und Kooperation in Zukunft weiter intensiviert. „Dies ist auch eines der Ziele der BNE-Konzeption, mit deren Erstellung der Stadtrat das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) und das RBS beauftragt hat und deren Entwicklungsprozess mit der Auftaktveranstaltung am 05.11.2019 gestartet ist. Im Rahmen eines partizipativen Prozesses werden das RBS und das RGU gemeinsam mit den Münchner BNE-Akteurinnen und -Akteuren ein Handlungsprogramm zur strukturellen Verankerung von BNE in allen Bildungsbereichen entwickeln.“ (vgl. Anlage 7)

- In seiner Stellungnahme (Anlage 8) unterstützt das RGU die Forderungen des Fachbeirats, einen Münchner Nachhaltigkeitsprozess verbindlich zu institutionalisieren. Gleichzeitig verweist es auf verschiedene bereits begonnene Maßnahmen dazu. Beispielsweise traten zum 01.01.2019 neu gefasste „Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen der Landeshauptstadt München im Gesundheits- und Umweltbereich“ in Kraft, die sich an der Agenda 2030 und der Leitlinie Gesundheit der „Perspektive München orientieren. Damit werden Möglichkeiten der Förderung für einen breit gefächerten Bereich von Maßnahmen, auch zum Thema Nachhaltigkeit und Umwelt, eröffnet
Darüberhinaus wurde das RGU im Oktober 2019 vom Münchner Stadtrat beauftragt, federführend ein Konzept für einen Nachhaltigkeitsrat zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.
Die Münchner Initiative Nachhaltigkeit (MIN) wird als wichtige Akteursgemeinschaft gesehen, die sich gut etabliert habe und als wichtiger Stakeholder im Münchner Nachhaltigkeitsprozess angesehen wird. (vgl. Anlage 8, Seite 3/4).
Zur Einführung regelmäßiger Treffen teilt das RGU mit: „Die Initiative des Fachbeirats, regelmäßige Treffen zwischen Initiativen und der Stadtspitze /OB, Referatsleitungen, Stadträtinnen und Stadträte) sowie themenbezogene Treffen auf Arbeitsebene der Referate einzuführen, sollte geprüft werden.“ (siehe Anlage 8, Seite 3)

Wie vor allem den Stellungnahmen des RBS und RGU entnommen werden kann, steht die Landeshauptstadt München aufgrund verschiedener Stadtratsbeschlüsse bereits heute in einem kontinuierlichen Prozess mit der Zivilgesellschaft, um Projekte und Maßnahmen zu fördern und die Expertise aus der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen.

4. „Unternehmensengagement und Social Entrepreneurship

Die Stadt München und das Unternehmensnetzwerk (UfM) sollten bei der Etablierung von Round Tables zusammen auftreten. Ziel ist es, Vertretungen von Verwaltung, Wirtschaft (IHK, UfM), Zivilgesellschaft und Politik an einen zu Tisch bringen und strategische, für die Stadt wichtige Themen gemeinsam zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln.“

- Das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) bestätigt in seiner Stellungnahme (vgl. Anlage 6) die vom Fachbeirat beschriebenen Herausforderungen (vgl. Bericht, Seite 42). Für den Erwerb unternehmerischen Know-hows verweist es auf die Social Entrepreneurship Akademie (SEA), die Sozialunternehmen qualifizieren, fördern und vernetzen.
Ein Erfahrungsaustausch zwischen gemeinnützigen Organisationen und Social Entrepreneurs wird als gewinnbringend angesehen und sollte pilothaft durch die gesamtstädtische Anlaufstelle Unternehmensengagement (CSR) im Sozialreferat federführend organisiert werden.

- Das Sozialreferat mit seiner gesamtstädtischen Anlauf- und Koordinierungsstelle Unternehmensengagement begrüßt die Umsetzung von Round Tables und ist bereits in der Konzeptphase zu deren Umsetzung. Es wird dazu in einem nächsten Schritt wichtige Stakeholder mit einbeziehen. Das Sozialreferat folgt der Empfehlung des RAW, den Erfahrungsaustausch zwischen gemeinnützigen Organisationen und Social Entrepreneurs zu verstärken und ist bereit, in enger Abstimmung mit dem RAW, ein Pilotprojekt aufzusetzen.

Aus Sicht der gesamtstädtischen Koordinierung Bürgerschaftliches Engagement sollte in einem ersten Schritt das Social impact lab und SEA in das Forum BE eingeladen werden. Dort könnte gemeinsam mit den im Forum vertretenen gemeinnützigen Organisationen überlegt werden, wie eine Vernetzung zwischen Social Entrepreneurs und gemeinnützigen Organisation sinnvoll auf den Weg gebracht werden kann. Dabei sollten die vom Fachbeirat und dem RAW vorgebrachten Hinweise berücksichtigt werden.

5. „Elternbeirat an Grund- und Mittelschulen

Der Fachbeirat empfiehlt zusammen mit dem gemeinsamen Elternbeirat an Grund- und Mittelschulen GEB die Finanzierung einer Geschäftsstelle für den GEB mit mindestens einer halben VZÄ. Zuschussgeber der Geschäftsstelle sollte das Referat für Bildung und Sport sein.

Zudem empfiehlt der Fachbeirat für BE die Erhöhung der einmal im Schuljahr für die jeweiligen Vorsitzenden des Elternbeirates an den Grund- und Mittelschulen gezahlten Aufwandspauschale von bisher 30 auf 50 Euro.“

Das RBS teilt in seiner Stellungnahme (vgl. Anlage 7, Seite 3) dazu mit, dass ein Antrag auf Einrichtung einer Geschäftsstelle für die gemeinsamen Elternbeiräte der Grund- und Mittelschulen an das staatliche Schulamt gerichtet werden müsse. Außerdem weist es darauf hin, dass für die StadtschülerInnenvertretung die Kosten für eine pädagogische Begleitung übernommen werden, die keine geschäftsführenden Aufgaben beinhaltet.

Die Möglichkeit der Erhöhung der Aufwandspauschale für die jeweiligen Vorsitzenden des Elternbeirats der Grund- und Mittelschulen auf 50 Euro wird von Seiten des RBS geprüft.

6. „Preis für das Bürgerschaftliche Engagement in München

Das Direktorium wird zusammen mit dem Fachbeirat beauftragt, einen Vorschlag für einen Preis für Bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Projekte zu erarbeiten.“

Anerkennung und Wertschätzung für bürgerschaftlich engagierte Personen ist für die Motivation wichtig. Dafür ist in München ein umfassendes Anerkennungssystem entwickelt. In diesem Zusammenhang wird vor allem auf die Auszeichnung „München dankt!“ und die Bayerische Ehrenamtskarte hingewiesen. Preise und Wettbewerbe für Projekte aus der Zivilgesellschaft gibt es zwischenzeitlich von unterschiedlichen Stiftungen auf lokaler, Landes- und Bundesebene. Beispiele

sind auf lokaler Ebene die Stiftung BEST und die Paulaner-Salvator-Stiftung, auf Landesebene die Zukunftsstiftung Bürgerschaftliches Engagement Bayern und der Innovationspreis für BE sowie auf der Bundesebene der Deutsche Engagementpreis, Aktion Mensch und viele weitere Wettbewerbe. Einen weiteren Preis für Projekte von engagierten Bürgerinnen und Bürgern durch die Landeshauptstadt München ist deshalb nicht notwendig. Ausschreibungen mit Terminen werden bereits heute im Internet unter engagiert-leben im Bereich Aktuelles dargestellt.

Zur Wertschätzung gehört jedoch auch, dass Engagierte eine qualitativ gute Begleitung ihres Engagementalltags von der jeweiligen Organisation erhalten. Dazu gehören, beispielsweise Beratungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten oder Supervision anzubieten. Deshalb sollten Organisationen, die mit Engagierten zusammenarbeiten, mit einem Preis für vorbildhaftes Freiwilligenmanagement ausgezeichnet werden können. Damit werden auch andere Organisationen ermuntert, ebenfalls eine qualitätsvolle Begleitung zu sichern, die dazu führt, Engagierte an die Organisation zu binden. Die gesamtstädtische Koordinierung im Direktorium befürwortet deshalb, gemeinsam mit dem Fachbeirat ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

7. „Spontanhilfe und Katastrophenschutz

Der Fachbeirat empfiehlt, dass Branddirektion und Freiwillige Feuerwehr zusammen das Konzept zur Einbindung von Spontanhilfe in den Katastrophenschutz weiterentwickeln und die FFW dafür die Zuschaltung einer halben VZÄ erhält. Damit kann die FFW ihre besondere Rolle als Bindeglied zwischen Ehrenamt und professionellem Rettungswesen zur Geltung bringen.“

Die Empfehlung des Fachbeirats, die Leitlinien gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr zu erarbeiten wird von der Branddirektion des Kreisverwaltungsreferat positiv aufgenommen. Sie teilt dazu mit, „dass die Federführung des neuen Projekts beim Bereich Katastrophenschutz der Branddirektion liegt, aber selbstverständlich eine Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr erfolgt.“ Für die Erweiterung der Personalressourcen könne die Freiwillige Feuerwehr einen entsprechenden Zuschuss beantragen (vgl. Anlage 4).

8. „Münchener Vereine

Um die ersten Maßnahmen zur Stärkung der Münchener Vereine nachhaltig umsetzen zu können, empfiehlt der Expertinnen- und Expertenkreis als ersten Schritt eine Halbtagsstelle bei FÖBE einzurichten.“

Wie im Bericht dargestellt, werden derzeit gemeinsam mit einem Kreis verschiedener Expertinnen und Experten Maßnahmen erarbeitet. Beispielsweise wird in diesem Jahr im Oktober ein Vereinstag stattfinden, der sich vor allem an Vereinsvorstandschäften richtet und unterschiedliche Themen der Vereinsführung zum Inhalt haben wird. Darüber hinaus wird mit Trägern der Erwachsenenbildung und weiteren Fortbildungseinrichtungen erarbeitet, ob und in welcher Form Fortbildungen und Qualifizierungen für Engagierte in Vereinen (weiter-) entwickelt werden müssen.

Vor allem Einzelberatungen von Vereinen sind wichtig, um auf die jeweiligen konkreten Fragestellungen konstruktiv eingehen zu können. Außerdem sollen künftig unterschiedliche Formate der Weiterbildung für unterschiedliche Zielgruppen im Vereinsleben kontinuierlich angeboten werden. Der Stadtrat hat deshalb in seiner Sitzung am 05.11./27.11.2019 die Übernahme von Kosten für eine Halbtagsstelle bei FöBE zu diesem Thema genehmigt (vgl. Beschlussvorlage "Zusätzlicher Förderbedarf BE 2020" - Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V 16479).

- 9. „Bürgerschaftliches Engagement – Daseinsvorsorge – Monetarisierung
Aufgrund einer zunehmenden Instrumentalisierung des Ehrenamtes ist es dringend geboten, die Fachgruppe Monetarisierung baldmöglichst wieder einzusetzen und fortzuführen. Unter anderem dafür braucht das Sachgebiet Bürgerschaftliches Engagement im Sozialreferat eine adäquate Nachbesetzung der vakanten Team-Leitungsstelle. Sollte eine zeitnahe Besetzung nicht möglich sein, müssen andere Lösungswege durch die Stadtverwaltung gefunden werden.“**

Dieses Thema ist ein Projekt der Leitlinie Soziales. Der im Bericht des Fachbeirats formulierte Problemaufriss der Instrumentalisierung von BE ist auch der Kommunalpolitik und der Stadtverwaltung bewusst. Die Arbeit wurde unter Federführung des Sozialreferats im Jahr 2018 begonnen und ruht derzeit aufgrund fehlender Kapazitäten. Die vakante Stelle im Sozialreferat wird voraussichtlich im 2. Halbjahr 2020 nachbesetzt.

- 10. „Frühzeitige Kommunikation und proaktive Haltung gegenüber der Zivilgesellschaft**

Frühzeitige, kontinuierliche Kommunikation mit der Zivilgesellschaft und proaktives Zugehen der Stadt- und Verwaltungsspitzen auf die Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Bewegungen sind das Gebot der Stunde. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt sollten sich Zeit nehmen für die Engagierten – hingehen – hinhören und Strukturen für einen Austausch fördern, damit diese, die Demokratie stärkenden Bewegungen, von Dauer sind.“

Gespräche zwischen dem Fachbeirat und der Verwaltung sowie ein Treffen zwischen Forum BE, BE-Beauftragten der Stadtverwaltung und dem Fachbeirat zum Thema „Förderung muss da stattfinden, wo die Ideen herkommen!- Bürgerschaftliches Engagement zwischen Subsidiarität, Verrechtlichung und Effizienz“ führten zu einem besseren gegenseitigen Verständnis. Es wurde deutlich, dass es keiner neuen Regelungen bedarf, sondern wichtig ist, die Arbeit der Verwaltung und die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure näher kennen zu lernen und den Prozess des gegenseitigen Austauschs weiter zu entwickeln. So können die jeweiligen Expertisen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft gewinnbringend für die Bewältigung der anstehenden kommunalen Herausforderungen eingesetzt werden. Deshalb werden auch künftig im Rahmen bestehender Besprechungsstrukturen offene

Gespräche zwischen Verwaltung, Fachbeirat und Forum BE stattfinden, um so den Prozess zu einem gemeinsamen Handeln von Stadtverwaltung und Bürgergesellschaft zu fördern.

C) Fazit

Der Bericht beleuchtet aktuelle Themen und gibt Empfehlungen für eine positive Weiterentwicklung der bestehenden Förderung von BE durch die Stadtverwaltung. Besonders erfreulich ist die Würdigung der jahrzehntelangen Förderung von BE durch die Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung dankt dem Fachbeirat dafür und für seine konstruktive Arbeit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die Stadtverwaltung reagiert auf die Anregungen des Fachbeirats, indem

- das Direktorium gemeinsam mit dem Fachbeirat ein Konzept einer dezentralen Infrastruktur zu Bürgerschaftlichem Engagement im Stadtviertel entwickelt, das ein Förderverfahren sowie ein Organisationsmodell beinhaltet;
- das Direktorium auf der Basis der Evaluierung des Stadtbezirksbudgets im Jahr 2021 ggf. weiteren Handlungsbedarf mit den Referaten abstimmt;
- das Direktorium die Geschäftsstelle des Forums BE bittet, die Impact Hub Munich GmbH in eine Sitzung einzuladen, um mit ihnen die Inhalte und Effekte eines größeren Treffens zwischen gemeinnützigen Organisationen und Social Entrepreneurs zu besprechen;
- das Referat für Bildung und Sport die Erhöhung der Aufwandspauschale für die Vorsitzenden der Elternbeiräte der Grund- und Mittelschulen prüft;
- das Direktorium zusammen mit dem Fachbeirat einen Vorschlag für einen Preis für vorbildhaftes Freiwilligenmanagement von Organisationen erarbeitet;
- die Branddirektion des Kreisverwaltungsreferats die Leitlinien unter Einbeziehung der Freiwilligen Feuerwehr erarbeiten wird;
- die Förderung von Vereinen durch die Übernahme der Kosten für eine zusätzliche Teilzeitstelle bei FÖBE gestärkt wird;
- das Thema Monetarisierung nach Besetzung der beim Sozialreferat vakanten Stelle weiter bearbeitet wird;
- der Prozess der frühzeitigen Kommunikation und die proaktive Haltung gegenüber der Bevölkerung durch die Stadtverwaltung weiter gestärkt wird;
- das Direktorium eine Vereinheitlichung der verschiedenen Raumbörsen bei der LHM weiter anstrebt.

Die meisten hier aufgeführten Punkte sind bereits in Bearbeitung und bedürfen deshalb keiner weiteren Beauftragung durch den Stadtrat.

Folgende Themen werden dem Stadtrat mit dieser Beschlussvorlage zur Genehmigung vorgelegt:

- Erarbeitung eines Konzepts einer dezentralen Infrastruktur zu BE im Stadtviertel

- Erarbeitung eines Konzepts für einen Preis für vorbildhaftes Freiwilligenmanagement.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Beschlussvorlage ist mit allen Referaten abgestimmt.

Dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Altmann, der Stadtkämmerei, dem Personal- und Organisationsreferat, allen Fachreferaten, der Stelle für interkulturelle Arbeit und der Gleichstellungsstelle für Frauen ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag des Referenten

A) Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss, Sozialausschuss, Bildungsausschuss, Sportausschuss, Kulturausschuss, Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung, Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft, Gesundheitsausschuss, Umweltschutzausschuss, Bauausschuss, Kreisverwaltungs-ausschuss und Kommunalausschuss empfehlen dem Verwaltungs- und Personalausschuss, Folgendes zu beschließen:

1. Das Direktorium wird beauftragt, gemeinsam mit dem Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement ein Konzept einer dezentralen Infrastruktur zu Bürgerschaftlichem Engagement im Stadtviertel zu entwickeln, das ein Förderverfahren sowie ein Organisationsmodell beinhaltet. Dieses Konzept wird dem Stadtrat vorgelegt.
2. Das Direktorium wird beauftragt, gemeinsam mit dem Fachbeirat und weiteren Expertinnen und Experten ein Konzept für einen Preis für vorbildhaftes Freiwilligenmanagement zu erarbeiten. Dieses Konzept wird dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt.

B) im Verwaltungs- und Personalausschuss:

1. Das Direktorium wird beauftragt, gemeinsam mit dem Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement ein Konzept einer dezentralen Infrastruktur zu Bürgerschaftlichem Engagement im Stadtviertel zu entwickeln, das ein Förderverfahren sowie ein Organisationsmodell beinhaltet. Dieses Konzept wird dem Stadtrat vorgelegt.
2. Das Direktorium wird beauftragt, gemeinsam mit dem Fachbeirat und weiteren Expertinnen und Experten ein Konzept für einen Preis für vorbildhaftes Freiwilligenmanagement zu erarbeiten. Dieses Konzept wird dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss
nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. Direktorium D-I-ZV

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Baureferat**

An das Kommunalreferat

An das Kreisverwaltungsreferat

An das Kulturreferat

An das IT-Referat

An das Referat für Arbeit und Wirtschaft

An das Personal- und Organisationsreferat

An das Referat für Gesundheit und Umwelt

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

An das Referat für Bildung und Sport

An das Sozialreferat

An das Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit

An die Gleichstellungsstelle für Frauen

z. K.

Am